

Umfrage zu Waffenlieferungen an die Ukraine: Mehrheit gegen Marschflugkörper „Taurus“

Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland ist laut einer Umfrage gegen eine Lieferung von »Taurus«-Marschflugkörpern (Flügelraketen) an die Ukraine. 52 Prozent der Wahlberechtigten äußerten sich ablehnend, wie aus dem ARD-«Deutschlandtrend» im ARD-«Morgenmagazin» hervorgeht. Nur 36 Prozent sind dafür, zwölf Prozent positionieren sich nicht.

Der Umfrage zufolge ist die Ablehnung in den ostdeutschen Bundesländern besonders stark (70 Prozent), während in den westdeutschen Bundesländern 47 Prozent dagegen und 40 Prozent dafür sind.

Neue Entsorgungsleitungen geplant

Für das geplante Gewerbegebiet im Norden Barmstedts soll eine zusätzliche Schmutzwasserdruckleitung vom Abwasserzweckverband gebaut werden. Außerdem soll die Meierei daran angeschlossen werden. Die bestehenden Schmutzwasserleitungen sind u. a. durch die hohen Meiereieinleitungen voll ausgelastet und drohen überzulaufen. Die Stadtvertretung am 11. Juli beschloss zunächst die Erstellung einer Studie (Kosten: 90.000,- Euro), um die Realisierung dieser Schmutzwasserleitung zu prüfen. In der Diskussion forderte die BALL, dass die neue Entsorgungsleitung auch die großen Mengen



an Brüdenwasser der Meierei aufnehmen muss, die jetzt und seit Jahren einfach in die Regenwasserkanalisation und in das Regenwasserrückhaltebecken am Küsterkamp eingeleitet werden.

„Diese Umweltverschmutzung und das zudem zu einem Sonder-Billigtarif muss enden“, so BALL-Stadtvertreter Dr. Günter Thiel. Ein Zusatzantrag der BALL wollte absichern, dass in der Machbarkeitsstudie auch die mögliche Entsorgung des Brüdenwassers eingeplant werden soll. Der Antrag wurde jedoch nur von zwei SPD-Stadtvertretern unterstützt. Alle anderen meinten, dass der AZV das sowieso machen würde.

Miete, Strom, Gas oder der Einkauf im Supermarkt

Menschen mit wenig Geld werden abgehängt

Die anhaltende Inflation wird für immer mehr Menschen zum Problem. Nach Daten der EU-Statistikbehörde Eurostat waren schon 2022 über elf Prozent der Bürger in der Bundesrepublik außerstande, sich wenigstens jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch beziehungsweise einer gleichwertigen vegetarischen Alternative zu leisten. Nach Eurostat-Umfragen sind fast zehn Millionen Menschen in der BRD, wahrscheinlich noch mehr, finanziell nicht mehr in der Lage, sich täglich richtig satt zu essen. Angesichts der weiterhin sehr hohen Preise im Lebensmittel Einzelhandel dürfte sich die Lage in diesem Jahr noch zugespitzt haben.

Für viele Menschen gehe es mittlerweile „um die nackte Existenz“. Wer vor drei Jahren schon wenig hatte, dem reiche es heute „nur noch für das Wesentlichste: Miete, Heizen, Essen“, sagte die Vorsitzende des Sozialverbands Deutschland (SoVD), Michaela Engelmeier, in einem Gespräch Anfang August



mit der Neuen Osnabrücker. Und auch das steht auf der Kippe: Immer mehr Menschen würden sich fragen, „wie sie die Miete bezahlen sollen, Strom und Gas oder den Einkauf im Supermarkt“. Für diejenigen, die die Sozialberatung des Verbands aufsuchten, vor allem Rentner, Bezieher von Sozialleistungen und Erwerbsminder-

ungsrenten, komme es nicht in Frage, in den Urlaub zu fahren. Gesund stoßen sich in der Krise dagegen die Hersteller und der Einzelhandel: durch undurchsichtige Preisgestaltung, Absprachen und Gewinnmitnahmen. Die Verbraucherzentralen hatten unlängst im Rahmen eines Marktchecks vier große Supermarktketten unter die

Lupe genommen und Preisunterschiede von mithin über 400 Prozent bei ein und demselben Produkt (Kartoffeln) ermittelt. Aldi, Lidl, Edeka und Rewe teilten sich 85 Prozent des Marktes und „die nutzen das aus“, befand Verbandsvorstand Wolfgang Schuldzinski (Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen). Gewerkschaften und Sozialver-

bände sehen Bundesernährungsminister Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) in der Pflicht. Der spreche oft über gesundes Essen – über den Zusammenhang von Armut und schlechter Ernährung spreche er kaum. DIE LINKE-Fraktion im Bundestag fordert: „Wir brauchen mindestens eine zeitweise Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, konsequente staatliche Preiskontrollen bei den Supermarktkonzernen und die Einführung einer echten Kindergrundsicherung.“

Bei der Kindergrundsicherung will die Regierungskoalition angeblich die Chancen für Kinder verbessern und Armut bekämpfen. Dafür sollen staatliche Leistungen gebündelt werden. Ob die Leistungen auch noch erhöht werden, darüber wird derzeit öffentlich diskutiert. Das größte sozialpolitische Projekt der Ampelkoalition als solches ist zwar beschlossene Sache, aber die Ausgestaltung und vor allem, wie viel es kosten darf, ist zwischen den Parteien sehr umstritten.

Energetische Quartiersentwicklung in Barmstedt

Pläne für eine klimafreundliche Stadt

Im letzten Jahr hat die Stadtvertretung beschlossen, ein Projekt zur klimafreundlichen Stadtentwicklung zu starten. Zwei Firmen wurden mit der Durchführung beauftragt – gefördert mit Finanzmitteln u. a. des Bundes. Ziel des Projektes: Lösungen zu finden, wie die Stadt künftig mit Wärme und Strom versorgt werden kann, wie Gebäude klimafreundlich modernisiert werden können und welche Verbesserungen im Verkehr (Fußgänger, Radfahrer, PKW) wünschenswert sind.

In zwei Quartieren (Nord und Süd, das Quartier Nord umfasst das Gebiet um die Meierei, das Quartier Süd die Innenstadt und das Gebiet um die Schulen am Heederbrook) wurden dazu in den vergangenen Monaten Haushaltsbefragungen durchgeführt, und es fanden mehrere Workshops statt, an denen sich zahlreiche Bewohner und Bewoh-



nerinnen beteiligten und Wünsche und Vorschläge einbrachten.

Am 4. Juli wurden im Rahmen einer Info-Veranstaltung die Ergebnisse vorgestellt. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um eine Zusammenfassung von nicht unbedingt neuen Erkenntnissen in Bezug auf Solardächer, Heizungsmodernisierungen, Gebäudedämmungen, Verkehrsberu-

higung usw.. Als Grundlage für die Diskussion taugt die Zusammenfassung aber allemal.

Neu ist – zumindest laut Untersuchung, dass 91% der benötigten Wärme in Barmstedt die Meierei durch die ungenutzte Abwärme liefern könnte. Für ein Fernwärmenetz müssten quer durch die Stadt ein rund 17 km Leitungen verlegt werden.

Ob dieses ein gangbarer Weg ist, ist jedoch mit vielen Fragezeichen versehen. Neben den Kosten (geschätzt mind. 20 Millionen) und der Bauzeit (mind. 10 Jahre) ist vor allem die Frage zu stellen, ob wir uns von der Meierei in hohem Maße abhängig machen wollen. Und was passiert, wenn die Meierei abwandert, was durchaus wünschenswert ist?

Und nebenbei bemerkt: Es gab vor ein paar Jahren bereits eine Untersuchung der Stadtwerke zur Abwärmenutzung für die Wohngebiete um den Krützkamp und dem Erlengrund. Das damalige Ergebnis lautete, dass die Abwärme der Meierei nicht ausreichen würde. Und jetzt fast ganz Barmstedt?! Es bleibt also noch sehr viel Diskussionsstoff im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung.

Ein erster Schritt

Sehr erfreulich: Das Wärmegebiet Heederbrook kommt! Die drei Schulen in diesem Bereich (inkl. der Sporthallen) und die Kita Sternenhimmel sollen über ein „kaltes Wärmenetz“ mit Heizenergie versorgt werden. Dazu werden Erdwärmeflächenkollektoren in die Erde unter dem Sportplatz eingelassen. Über Leitungen wird dann die gewonnene Wärme in die einzelnen Gebäude geleitet. Die Stadtvertretung hat diesem Vorhaben zugestimmt. Die Kosten werden sich auf ca. 3,3 Millionen Euro belaufen.

Dieses Beispiel zeigt, dass alle Maßnahmen der nächsten Jahre einen hohen finanziellen Aufwand erfordern werden.

Im letzten Jahr konnte die Bundesregierung blitzschnell ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Rüstung bereitstellen. Ein mindestens gleich hohes Sondervermögen für die energetische Erneuerung unseres Landes ist längst überfällig.

Aus der Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag

Die Welt braucht Frieden!

„Jeder Krieg ist ein Angriff auf die Menschheit und die Menschlichkeit. Das ist die zentrale Lehre, die der DGB aus der Geschichte gezogen hat. Das ist der Grund, weshalb wir uns mit all unserer gewerkschaftlichen Kraft für Frieden, Rüstungskontrolle und Abrüstung, für die Achtung der Menschenrechte und für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzen.“

Jeder Euro, der zusätzlich für Aufrüstung ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle. Neue Waffensysteme dürfen nicht mit der Schließung von Krankenhäusern oder dem Verzicht auf Zukunftsinvestitionen bezahlt werden. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, von einer weiteren Aufstockung des Rüstungsetats abzusehen und sich mit ihren EU-Partner*innen und im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft für neue nukleare Rüstungskontrollabkommen und eine Eindämmung von Rüstungsexporten stark zu machen.“

DGB

Kommunalwahlen Mai 2023:

16 Prozent der Wählerstimmen für die BALL

Bei der Kommunalwahl im Mai fielen 699 von 4350 gültigen Stimmen und somit 16,0 % auf die Kandidatinnen und Kandidaten der BARMSTEDTER LINKEN LISTE (BALL). Das ist zwar keine Wiederholung des außerordentlich guten Ergebnisses von vor fünf Jahren, aber dennoch ein gutes Ergebnis für die BALL. Aber auch die Sitz- und Stimmenverhältnisse haben sich verändert.

In der neuen Stadtvertretung hat die BALL-Fraktion jetzt vier der 23 Sitze. Neuer Fraktionsvorsitzender ist Henrik Pünner, der Dr. Günter Thiel ablöst. Dieser hatte sich aber bereit erklärt, für die BALL eine weitere Wahlperiode dem Stadtparlament anzugehören. Zu diesen beiden bekannten Persönlichkeiten, die zugleich auch im Hauptausschuss tätig sind, gesellen sich zwei Neulinge: Thekla Ziesenitz-El Ghouti und Reimund Bauer. Thekla Ziesenitz-El Ghouti, die in der konstituierenden Sitzung auch zur stellvertretenden Bürgervorsteherin gewählt wurde, wird – wie in der letzten Wahlperiode – zusammen mit Britt Schölermann, dem Ausschuss für Kultur, Schule und Sport ange-



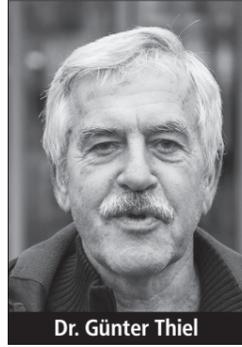
Henrik Pünner



Reimund Bauer



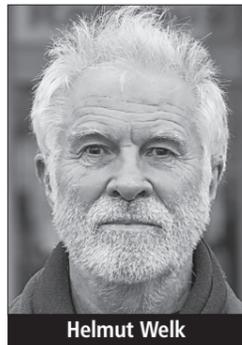
Thekla Ziesenitz-El Ghouti



Dr. Günter Thiel



Britt Schölermann



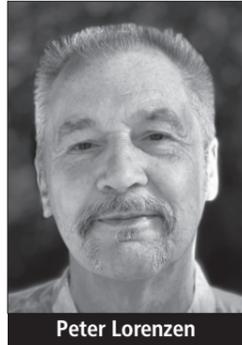
Helmut Welk



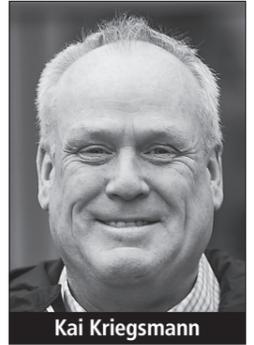
Katharina Schwietering



Klaus Kuberzig



Peter Lorenzen



Kai Kriegsmann

hören sowie dem Ausschuss für Jugend und Soziales zusammen mit Katharina Schwietering und Peter Lorenzen. Reimund Bauer, neuer stellvertretender Fraktionsvorsitzender, wird sich zusammen mit Kai Kriegsmann im Ausschuss für Klima, Nachhaltigkeit und Naturschutz engagieren und gemeinsam mit

Helmut Welk setzen die beiden ihre Arbeit im Bauausschuss fort. Auch Klaus Kuberzig, der in der letzten Wahlperiode den Sozialausschuss geleitet hat, bleibt den Barmstedterinnen und Barmstedtern als Mitglied des Werksausschusses erhalten, wobei er dort weiterhin von Dr. Günter Thiel unterstützt wird.

Auch wenn die Zusammensetzung des aktuellen Stadtparlaments, in dem CDU und FWB insgesamt 13 Sitze innehaben, eine starke Akzentuierung der unsozialen Sparpolitik vermuten lässt, werden die Stadtvertreter und Stadtvertreterinnen und die Ausschussmitglieder der BALL sich auch in den nächsten fünf

Jahren dafür einsetzen, dass soziale, kulturelle und ökologische Belange gehört und in den Stadtgremien auf die Tagesordnung gesetzt werden. Wir werden auch weiterhin verlässliche Ansprechpartner*Innen für alle Barmstedterinnen und Barmstedter sein.

Verschärfung von Flüchtlingsabschiebung und -abschottung

Ampel-Regierung macht auf AFD

Unter Beifall aus den Reihen der AfD hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Mai einen Gesetzentwurf zur Verschärfung der Flüchtlingspolitik vorgelegt. Kurz darauf griff die SPD/Grünen/FDP-Bundesregierung das Thema auf und kündigte auch mehr Flüchtlingsabschiebungen an. Außerdem möchte die Bundesregierung die Flüchtlingsabwehr an den Grenzen der Europäischen Union (EU) verstärken. Bereits beim sogenannten Flüchtlingsgipfel der Ministerpräsidenten der Bundesländer mit dem Bundeskanzler wurden unter dem Begriff „effektives Rückführungsmanagement“ Abschiebungsverstärkungen beschlossen.

Das Bundesinnenministerium veröffentlichte anschließend seine Vorschläge, die mehr Befugnisse für Behörden und Polizei bei der Durchsetzung von Abschiebungen vorsehen. So sollen zukünftig die zur Abschiebung vorgesehenen Flüchtlinge 28 Tage vor der Abschiebung in ein Ausreisegewahrsam genommen werden. Polizisten sollen künftig zur Durchsetzung einer Abschiebung nicht mehr nur die Räume der Betroffenen sondern auch andere Räume z. B. von Freunden, Bekannten und ganze Gemeinschaftsunterkünfte durchsuchen können.

Bei der Abschottung an den EU-Außengrenzen soll der „Sperr-

riegel“ gegen Flüchtlinge erweitert werden. Als Modell dafür dient der Flüchtlingsabwehrpakt, den die EU 2016 auf deutsche Initiative mit der Türkei geschlossen hat. Die Türkei musste sich verpflichten Flüchtlinge an der Weiterreise in die EU zu hindern, und bekam dafür Milliarden aus der EU-Kasse. Als nächstes Ziel versucht die EU nordafrikanische Staaten rund um das Mittelmeer wie Ägypten, Libyen, Tunesien, Marokko und Algerien für den Abwehrpakt zu gewinnen. In den Sommermonaten fanden Verhandlungen mit Tunesien statt.



Die EU hat sich zur Zahlung von Finanzhilfen von mehr als einer Milliarde Euro verpflichtet, wenn Tunesien als „Türsteher“ aktiv wird und mithilft, afrikanische Flüchtlinge aus Europa fernzuhalten. Personen, die über das

Mittelmeer in die EU gelangt sind, sollen zurückgenommen werden.

Wie Menschenrechtsorganisationen berichten, sind zeitgleich zu den Verhandlungen mit der tunesischen Regierung über tausend Menschen, die aus Ländern südlich der Sahara stammen, in Wüstengebiete an der tunesisch-libyschen Grenze verschleppt worden. Die Lage der deportierten Flüchtlinge – bei Temperaturen von bis zu 50 Grad – ist katastrophal. Eine Wiedereinreise nach Tunesien wird ihnen ebenso untersagt

ist knapp. Die Hilfsorganisation Libyscher Roter Halbmond versucht sie notdürftig zu versorgen. Zivilisten haben keinerlei Zugang zu dem Gebiet. Nach Angaben von Hilfsorganisationen haben einige Flüchtlinge bisher nicht überleben können.

Dass Flüchtlinge im Interesse der europäischen Flüchtlingsabwehr von den nordafrikanischen Küstenstaaten in die Wüste deportiert werden, ist nicht neu. Es gibt Berichte, dass Marokko kürzlich rund 500 Flüchtlinge ohne Nahrung an der Grenze zu Algerien ausgesetzt und sogar mehr als tausend Flüchtlinge in Handfesseln an die Grenze der Westsahara verschleppt hat. Im Sommer 2018 haben marokkanische Behörden rund 5000 Flüchtlinge in Bussen in Wüstengebieten ausgesetzt.

In einer aktuellen Stellungnahme der Hilfs- und Menschenrechtsorganisation PRO ASYL heißt es: „Die gegenwärtige Politik der EU-Staaten ignoriert das Bekenntnis für Menschenwürde und die Wahrung der Menschenrechte. Das Sterbenlassen von Menschen an den Außengrenzen Europas sowie die Abschottung sind verantwortungslos und menschenverachtend.“

wie die Ausreise nach Libyen. Zugleich werden sie auf beiden Seiten von Grenzbeamten mishandelt und mit Schusswaffen bedroht. Die Flüchtlinge verfügen nicht über ausreichend Lebensmittel, und auch das Wasser



Was für ein Sommer! Weltweit liegt der heißeste Juli seit Temperaturenaufzeichnung hinter uns! Der Mittelmeerraum litt tagelang unter Temperaturen von über 40° Celsius. Hitze und Trockenheit sorgten in der gesamten Gegend für heftige Waldbrände. Die durchschnittliche Temperatur an der Wasseroberfläche des Mittelmeers stieg Ende Juli auf 28,71° Celsius – der höchste jemals gemessene Wert.

Es ist wissenschaftlich belegt, dass diese Hitzewelle durch den Klimawandel hervorgerufen worden ist. Dazu UN-Generalsekretär Guterres: „Die Ära der globalen Erwärmung ist vorüber. Die Ära des globalen Kochens ist angebrochen.“

In Kanada wüten seit Monaten die schlimmsten Waldbrän-

de in der Geschichte des Landes. Dort sind 2023 schon rund 12 Millionen Hektar Land verbrannt. Das entspricht einem Drittel der Fläche Deutschlands.

Die Klimakrise sorgt aber nicht nur für Hitze. Es gibt generell mehr Extremwetterereignisse. Hier im Kreisgebiet gab es nach der Dürre im Mai/Juni in den letzten Wochen mehrfach Stürme und Starkregen.

Und was tut die Politik in Berlin? **Stellt sich beim Klimaschutz auf die Bremse und warnt vor zu viel Tempo!** Klimaschutz müsse langsam geschehen. Wie viele Klimakatastrophen braucht es denn noch, bis die Politik endlich kapiert? „Wir haben keine Zeit mehr! Wir brauchen jetzt echten Klimaschutz!“ so Fridays for Future.

